

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

1.2.1928 (No. 27)

der Reichstag so lange als möglich zusammenbleibt und die dringendsten Aufgaben noch erledigt.

Sicherlich hat sich das Zentrum in seiner Politik der letzten Wochen durchaus von diesen Rücksichten und Erwägungen beeinflussen lassen. Wäre dem nicht so, so wären heute bereits die Neuwahlen ausgeschrieben. Die Rücksichtnahme darf aber nicht so weit gehen, daß die wichtigsten Interessen der Partei selbst Not leiden, sie dürfen nicht so weit gehen, daß das Zentrum schließlich seine innere Geschlossenheit aufs Spiel setzt und mit ungeordneten Truppen in den Wahlkampf zieht. Deshalb betont die Politik der Zentrumspartei neuerdings mit außerordentlicher Schärfe ihren, den Deutschnationalen entgegengesetzten, prinzipiellen Standpunkt überall dort, wo die Deutschnationalen nur irgendwie zu solchen Befundungen Anlaß geben.

Die Geldbeschaffung der Reichsbahn

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft bedarf zur Deckung ihrer Kapitalausgaben größerer Geldmittel. Da zur Zeit eine Auslandsanleihe für sie nicht in Frage kommt, das Interesse der Bahn sowohl wie der Wirtschaft eine Verschlebung oder gar weitere Verminderung der geplanten Arbeiten aber nicht verträgt, wird ein unter der Führung der Reichsbank stehendes Konsortium der Deutschen Reichsbahngesellschaft die zur Durchführung des Beschaffungsprogramms erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Es werden 200 Millionen Vorkaufszertifikate verkauft, um die Reichsbahnbauten durchzuführen zu können. Das Konsortium übernimmt zunächst fest 100 Millionen Reichsbanknoten der Reichsbank über Vorkaufszertifikate und legt diese baldigt zur öffentlichen Zeichnung zum Kurse von 98% auf. Gleichzeitig hat sich das Konsortium verpflichtet, innerhalb der nächsten Monate nach seiner Wahl entweder weitere 100 Millionen Rentenmark-Zertifikate über Vorkaufszertifikate oder 100 Millionen Rentenmark-Zertifikate über Vorkaufszertifikate der Reichsbahngesellschaft mit dreijähriger Laufzeit fest zu übernehmen. Wie bei der im Jahre 1926 erfolgten Emission von Zertifikaten der Reichsbank über Reichsbahnvorkaufszertifikate ist auch für die neue Ausgabe eine Garantie des Reiches für eine 7prozentige Vorkaufszertifikatsdividende vorgesehen. Darüber hinaus erhalten bekanntlich die Inhaber der Vorkaufszertifikate noch eine Zusatzdividende, wenn auf die Stammaktien eine Dividende verteilt wird.

Der heftige Landtag wird nicht aufgelöst

Der heftige Staatsgerichtshof tagte am Dienstag im Schwurgerichtssaal zu Darmstadt, um über die Proteste gegen die Gültigkeit der heftigen Landtagswahl zu beraten. Das Gericht war mit fünf Berufsrichtern und acht Parlamentariern besetzt. Die Proteste wurden erhoben von der Wirtschaftspartei, der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Evangelischen Volksgemeinschaft.

Der Gerichtshof verkündigte nach 2 1/2 stündiger Beratung ein Urteil, das die Einprüche gegen die Wahl zurückweist. Somit wird der heftige Landtag nicht aufgelöst.

Am heutigen Mittwoch wird eine gemeinsame Sitzung der Sozialdemokraten, Demokraten und Deutschen Volkspartei stattfinden, um über die Koalition für die Regierungsbildung zu beraten, und vor allem um die Situation zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei zu klären. Es ist der „Frankf. Ztg.“ zufolge wahrscheinlich, daß die künftige Regierungsbildung in Form der Weimarer Koalition zustande kommt.

Verbot einer russischen Anleihe in Amerika

M. Berlin, 1. Febr. (Priv.-Tel.). Die amerikanische Regierung hat einer amerikanischen Bankengruppe die Auflegung einer 30-Millionen-Dollar-Anleihe für russische Eisenbahnen verboten.

Ein Nachspiel der Unruhen in Großwardein

W.B. Budapest, 1. Febr. (Tel.). Das Kriegsgericht in Klausenburg verurteilte vier Studenten als Anführer der antisemitischen Unruhen in Großwardein zu je 2 Monaten Gefängnis. Vier andere Studenten wurden freigesprochen.

Erwerbslosen demonstration in Posen. Wie aus Posen gemeldet wird, kam es dort Montag Mittag auf dem Altmarkt zu großen Kundgebungen von Erwerbslosen. Polizei zu Pferde und zu Fuß gelang es nach mehrmaligem Vorgehen, die Demonstranten zu zerstreuen.

Erstaufführung des „Hexers“ im Konzerthaus

Das Theaterpublikum hat zu allen Zeiten neben der schweren dramatischen Kost die Unterhaltung durch das Lustspiel, den Schwank und das Sensationschauspiel verlangt. Wenn heute also bei der Erstaufführung eines Kriminaldramas, wie des „Hexers“, das Konzerthaus den ungewöhnlichen Anblick der Überfülltheit bietet, dann braucht man darüber nicht entsetzt zu sein: die Tatsache beweist höchstens, daß es ein geschickter Griff der Theaterleitung gewesen ist, dieses zur Zeit soviel besprochene Kriminaldrama auf den Spielplan zu setzen. Auch unser Landestheater lebt, wie jeder weiß, nicht nur von der Anbetung der Kunst allein, sondern bedarf zu seiner Existenz auch des Geldes. Und das Publikum opfert nun einmal sein Geld für die Sensation williger, als für die gediegene Ware. So war die Aufführung der Manenschen Oper „Nero und Akte“ am Samstag wohl ausreichend besucht, aber keineswegs ausverkauft, während am Sonntag der „Hexer“ im Konzerthaus vor überfüllten Bänken gegeben wurde.

Man soll im übrigen nicht immer meinen, daß es nur Sensationsgier ist, welche das Publikum zu einer solchen Vorstellung treibt. Es gibt heute sehr viele hochgebildete Menschen, die in dem Anhören eines Sensationsdramas, in dem Besuch einer Kinovorstellung oder in der Lektüre eines Abenteuerromans eine willkommene Nervenerleichterung erblicken. Einer der Kriminaldramatiker, der sich in den letzten Jahren auch die Gunst des deutschen Publikums erobert hat, ist der Engländer Edgar Wallace. Er ist ein meisterhafter Erzähler, er erfindet geschickt und originell und arbeitet mit technischen Mitteln, die immer auf die Phantasie und das Gefühl des Lesers einwirken werden, sofern bei diesem Leser nur überhaupt der Wunsch nach einem geistigen Nerventrost besteht. Einen seiner Romane — sie erscheinen in der Hauptsache im Verlag Wilhelm Goldmann in Leipzig, und sind in der „Karlsruher Zeitung“ schon mehrfach angezeigt worden — hat Wallace dramatisiert. Daß die Verfilmung erfolgt, ver-

Die Etatsberatung im Reichstag

Die Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes

W.B. Berlin, 31. Januar. Die Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt. Abg. Altko (Zentr.) beschäftigt sich zunächst mit der gestrigen Rede des Deutschnationalen Abg. v. Freitag-Loringhoven und erklärt dazu: Die Kritik der Außenpolitik in dieser Rede ist im Ausmaß und in der Form nicht vereinbar mit der Zugehörigkeit zur Regierungskoalition. Welchen Eindruck muß solche Kritik auf die Staaten machen, mit denen wir Verträge abgeschlossen haben und mit denen wir zusammen im Völkerbund sitzen? (Hört, hört! links und in der Mitte). Ihr Verhalten, Herr v. Freitag-Loringhoven, ist geeignet, uns um jeden politischen Kredit im In- und Auslande zu bringen. (Große Bewegung. — Stürmische Zustimmung links und in der Mitte.) Es bedeutet eine glatte Desavouierung der Politik des Außenministers. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum. — Hört-Hört-Rufe links.) Wie bringen Sie Ihre Äußerungen in Einklang mit den Richtlinien, auf die sich bei der Bildung des jetzigen Kabinetts Ihre Fraktion ausdrücklich verpflichtet hat? Unter lauten Hört-Hört-Rufen verliest der Redner aus den Richtlinien die Stellen, in denen sich alle Regierungsparteien zum Festhalten an der Locarno-Politik verpflichtet haben. Da Abg. v. Freitag als offizieller Vertreter seiner Fraktion gesprochen hat, ergibt sich für die deutschnationale Fraktion die Notwendigkeit einer Erklärung, ob ihre Auffassung mit den Äußerungen dieses Redners übereinstimmt. Der Redner beschäftigt sich dann kritisch mit dem Völkerbund, wobei er betont, daß seine Kritik im Gegensatz zu der des deutschnationalen Redners den Zweck verfolgt, befehlend zu wirken. Ein großes Hemmnis auf dem Wege zur Erreichung des Friedens ist das Fortbestehen der Rheinlandbesetzung. Wir danken dem Außenminister für die mannhaften Worte. Der allseitige Beifall wird ihm gezeigt haben, daß in dieser Frage der ganze Reichstag hinter ihm steht. (Beifall.) Ein weiteres Hemmnis ist die Verschleppung der Abrüstungsfrage. Frankreich sagt, es könne erst abrüsten, wenn es weitere Sicherheiten erlangt habe. Wir sagen: Durch Abrüstung zur Sicherheit! Die allgemeine Abrüstung wäre die beste Sicherung des Friedens. (Beifall.) Schließlich wird unsere Verständigungspolitik gebührend durch die Zustände, die durch die Grenzziehung im Osten entstanden sind. Das Vorgehen des polnischen Staates gegen die deutschen Minderheiten in der Schulpfrage sei unvereinbar mit den in Genf getroffenen Vereinbarungen. Das Zentrum wünsche freundschaftliche Beziehungen zu dem polnischen Nachbarstaat, müsse aber eine Respektierung der deutschen Minderheitsrechte verlangen. Ohne eine Beteiligung Rußlands ist die Befriedung der Welt nicht möglich.

Abg. v. Rheinbaben (D. Vp.) bezeichnet die Kritik des Abg. Dr. Freytag in einzelnen Punkten als zu weitgehend. Die Rede des Abgeordneten v. Freitag-Loringhoven sei problematisch gewesen. Ich kann mir nicht denken — so erklärt der Redner — daß die Deutschnationale Volkspartei als Ganzes die Äußerungen dieses Redners so hinhinnehmen kann. Die Zusammenziehung der jetzigen Regierung hat keineswegs zu einer Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen geführt. Die französische Regierung will offenbar die Rheinlandbesetzung nur gegen finanzielle Vorteile gewähren. Die Bilanz der bisherigen Locarno-Politik ergibt eine tiefe Enttäuschung. Wir wollen nicht den Krieg als Mittel der Auseinandersetzung zwischen den Völkern, rufen aber weit ab von jenen Reaktionen, die mit ihrer Agitation unseren Gegnern Argumente liefern. In der Sicherheitsfrage billigen wir die Denkschrift der Regierung. Abgelehnt werden muß der immer wiederholte Versuch, Deutschland zu immer neuen Konfessionen unter dem Deckmantel der Sicherheiten zu zwingen. Das deutsche Volk müsse seinen Blick nach Osten richten, dort sei eine Grenzrevision nicht zu vermeiden. Seine Partei erstrebe diese Revision auf friedlichem Wege. Mit Befriedigung sei die zunehmende Geltung Deutschlands im Völkerbund zu begrüßen. Gegenüber paneuropäischen Plänen seien seine Freunde skeptisch. Die Umrisse des Deutschlands von morgen würden allmählich sichtbar. Im Westen Freiheit von Rhein und Saar, im Osten Grenzrevision und stabile Verhältnisse zwischen Deutschland und Polen, später der Anschluß Österreichs, dazu Deutschland in politischer und militärischer Gleichberechtigung eingeordnet in den großen Prozeß des friedlichen Neuaufbaues Europas.

Abg. v. Lindener-Wilbau (Dn.): Wir müssen uns das Recht vorbehalten, selbst zu bestimmen, wann und von wem wir in der Debatte Erklärungen abgeben lassen wollen. Ein Parteifreund hat vor einiger Zeit ganz klar unser Bekenntnis zur Verständigungspolitik abgelehnt. Er hat nur die Zweifel, die der Außenminister an dem Verständigungsstollen

steht sich von selbst. Es handelt sich um den Roman „Der Deger“. Dieser Kriminalroman packt den Leser aus zwei Gründen: erstens, weil die Verkleidung des Helden diesmal ganz besonders raffiniert erdacht ist, und zweitens, weil die ganze Handlung eines eiskalten Reizeschmacks nicht entbehrt.

Das Drama wurde also am Sonntag im Städtischen Konzerthaus in Karlsruhe erstrahlend aufgeführt. Die Regie lag in den Händen des Herrn Schulz-Breiden. Herr Schulz-Breiden ist mit seinen bisherigen Leistungen der Kritik sehr angenehm aufgefallen. Deshalb muß man es doppelt bedauern, daß die von ihm geleitete Aufführung des „Hexers“ ein Fehlschlag war. Das Stück wurde außerordentlich stilllos herausgebracht. Und, wer den Roman „Der Deger“ gelesen hat, wird die einzelnen Figuren, wie sie uns hier in Karlsruhe im Konzerthaus vorgestellt wurden, einfach nicht wiedererkennen haben. Eigentlich war jede Figur verzeichnet. Prinzipiell wäre es besser gewesen, wenn der Regisseur überhaupt eine Milieuerklärung vorgenommen, das heißt den Ort der Geschehnisse von London etwa nach Berlin transponiert hätte. Englisch war an dieser ganzen Aufführung nichts, deutsch aber erst recht nichts, mit der einen Ausnahme der Figur des Sam Haditt, die von Wilson Kloebe geradezu genial vorportiert wurde. Herr Kloebe hat mit der Darstellung dieser Rolle eine schauspielerische Leistung vollbracht, die in ihrer Art nicht mehr überboten werden kann.

Auch sonst waren die Mängel der Regie nur zu offenkundig. Wenn in einem Kriminaldrama, dessen Fäden nicht leicht zu entwirren sind, zwei Akte lang so leise gesprochen wird, daß viele Besucher überhaupt nichts hören, dann ist das schwer zu tadeln. Ferner wäre es besser gewesen, wenn die Regie sämtlichen Darstellern von vornherein nahegelegt hätte, auf alle Theatralik des Spiels zu verzichten, und sich in der Sprache und Mimik so schlicht und natürlich wie nur irgend möglich zu geben. Die Wirkung der Szenen selbst ist schon an und für sich so stark, daß sie durch schauspielerische Übertreibungen nur gefährdet werden kann. Auf Einzelheiten der Darstellung möchte ich nicht eingehen. Wir sehen einzelne

des westlichen Nachbarn äußerte, in verschärfter Form aufgenommen. In den Richtlinien haben wir die Locarno-Politik und die Völkerbundsmittelschaft anerkannt. Graf Welser hat aber schon bei der Regierungsbildung erklärt, daß wir uns das Recht vorbehalten, an dem, was diesen beiden Vorgehens vorausgegangen ist, rhetorische Kritik zu üben.

Frau Abg. Dr. Bäumer (Dem.): Die Opposition sei in der eigentümlichen Lage, ein aufrichtiger Anhänger der Richtlinien zu sein, als ein Teil der Regierungsmehrheit. Es könne nicht geleugnet werden, daß nicht nur bei uns, sondern bei allen aufrichtigen Vertretern der Völkerbundsidee eine tiefe Enttäuschung über die Entwicklung der letzten Jahre herrsche. Wenn Briand neulich die Frage der Rheinlandbesetzung nicht als aktuell bezeichnet habe, so müsse betont werden, daß sie für uns keinen Augenblick aufhöre, aktuell zu sein. Auch die Minderheitenfrage gehöre in das Gebiet der geistigen Abrüstung.

Darauf wird die Weiterberatung um 18 Uhr auf Mittwoch, 14 Uhr, vertagt.

Ein Eingemeindungsstempel

W.B. Schwerin, 1. Febr. (Tel.). In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden überaus schwere Vorwürfe wegen Korruptionen, deren sich die Eingemeindung der Stadt Schwerin schuldig gemacht haben soll, erhoben. Die Vorwürfe, die sich in erster Linie gegen den früheren Ostorfer Gemeindevorsteher, jetzigen Stadtverordneten Peter, wenden, verursachten ungeheure Erregung und führten zu Tumulten. Es wurde der Gemeindevorwaltung Ostorf u. a. vorgeworfen, daß das Eingemeindungsverbot der Eingemeindung unter den Ostorfern aufgeteilt worden sei, wobei die vier Gemeindevorsteher und der Ortsvorsteher sich selbst den Löwenanteil zugefandten hätten. Ende vorigen Jahres sollen die Gemeindegutstücke zum Teil an Ostorfer, zum Teil an das Amt Schwerin gegen geringe Summen verkauft worden sein. Schließlich hätten sich die Gemeindevorsteher und der Ortsvorsteher eine Sonderzulage als Aufwandsentschädigung bewilligt. Der Rat der Landeshauptstadt Schwerin hat die Angelegenheit in einer Eingabe dem medienburgischen Staatsministerium zur Beschlußfassung übergeben.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar auf 160,8 gegen 151,3 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,3 v. H. zurückgegangen. Der Rückgang ist im wesentlichen auf eine Senkung der Ernährungsausgaben zurückzuführen; insbesondere haben die Preise für Butter, Fleisch und Eier nachgegeben. Innerhalb der Bedarfsgruppe Kleidung haben vor allem die Preise für Schuhzeug angezogen. Die Indizes für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 gleich 100) für Ernährung 151,4 für Wohnung 125,5, für Heizung und Beleuchtung 146,0, für Bekleidung 166,5, für den sonstigen Bedarf 186,7.

Einberufung des Deutschen Landwirtschaftsrates. Der ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates, die Gesamtbereitstellung der gesetzlichen Berufsorganisation der deutschen Landwirtschaft (Landwirtschaftskammern) hat sich am Dienstag, wie aus Berlin gemeldet wird, mit der über das ganze Reichsgebiet sich erstreckenden und alle Betriebsgrößen betreffenden starken Forderung der Agrarkrisis befaßt und beschlossen, die Vollerversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates zum Mittwoch, den 22. Februar, einzuberufen.

Kurze Nachrichten

Die Kapitalertragssteuer. Mehrere Berliner Blätter zufolge will die Zentrumsfraktion demnächst im Reichstag einen Antrag einbringen, der die Aufhebung der Kapitalertragssteuer zum Ziel hat, jedoch nur für Goldanleihe und Kommunalobligationen. Durch die Befreiung dieser Wertpapiere von der Kapitalertragssteuer soll den Hypothekendarlehen ein Anreiz gegeben werden, größere Kapitalien als bisher zum Wohnungsbau heranzuziehen.

Skandal bei der österreichischen Zustellbahn. Auf Grund einer Anzeige des gegenwärtigen Gemeindevorstandes von Neute (Tirol) verfügte die Staatsanwaltschaft Innsbruck die Verhaftung des Präsidenten der Zustellbahn-A.G., Dr. Stern, des Altbürgermeisters von Neute, Dr. Schretter, und des Schwagers des Dr. Stern, Silbert Mittel. Dr. Schretter und Mittel sind in Untersuchungshaft genommen, während man den Aufenthaltsort Dr. Sterns nicht kennt.

Leistungen, die, ganz für sich betrachtet, schöne Talentproben waren, aber sich in den Rahmen des Stüdes, wie dieses Stück nun einmal in Wirklichkeit ist, nicht einfügen wollten. Die räumliche Gestaltung der Szene war ebenfalls nicht glücklich. Gerade bei diesem Stück mußte der Regisseur ein übersichtliches Bühnenbild vor dem Zuschauer hinstellen. Denn sonst war mit der Gefahr zu rechnen, daß viele wichtige Vorgänge unbeachtet blieben und an Wirkung verloren. Und das ist denn auch geschehen.

Herr Schulz-Breiden mag sich durch diese Kritik nicht beirren lassen. Er hat daneben gebauet. Und je mehr er dieses einrichtet, um so besser für ihn. Im ganzen ist seine Befähigung so, daß man von ihm sehr rasch ein Ansprechen dieser Scharte erwarten kann. C. A. Mend.

Dank Heibelbergs an Posthalter Schurman. Eine Abordnung der Heibelberger Universität unter Führung des Rektors, Prof. Diellus, hat sich nach Berlin begeben, um dem amerikanischen Posthalter Schurman den Dank der Ruperta Carola für die hochherzige amerikanische Stiftung zum Ausdruck zu bringen. Oberbürgermeister Dr. Walz hat bereits gelegentlich seiner Teilnahme am Deutschen Städte- tag dem Posthalter persönlich den Dank der Stadtverwaltung übermitteln. Der Vorstand der Heibelberger Studentenschaft hat in einem Schreiben an den Posthalter dem ehemaligen Kommilitonen in herzlichster Weise dafür gedankt, daß er in so schöner Weise seine Liebe und Verbundenheit zur Heibelberger Universität bekundet hat.

Tod eines Nobelpreisträgers. Der Krebsforscher Prof. Johann Fibiger, der im Jahre 1927 den Nobelpreis für Medizin erhielt, ist in Kopenhagen im Alter von 60 Jahren nach einer Magenoperation gestorben.

Vater Lenz gestorben. Der Mitbegründer der Weimarer Kunstschule, Vater Desiderius Lenz, ist im Alter von 98 Jahren gestorben.

Winschermann G.m. b.H. Kohlen / Koks / Briketts / Brennholz
Stephanienstraße 94 Fernsprechanchl. 815, 816, 817

Badischer Teil

Aus dem badischen Staatsvoranschlag 1928/29

Die Einnahmen des Staates

betragen: aus Domänen und Forsten 23 952 250 RM (mehr 9 084 250 RM), aus Salinen, Bergbau und Münzwesen 428 150 RM (weniger 31 250 RM), Wasser- und Straßenbau 5 952 300 RM (weniger 1 552 000 RM), Hafenverwaltung 1 711 800 RM (mehr 226 650 RM), einschließlich Steuerverwaltung (171 Millionen) und verschiedener Einnahmen (1,8 Millionen) ergibt sich eine Gesamteinnahme im ordentlichen Etat von rund 205 Millionen (mehr 17 Millionen) jährlich. Dazu kommen 23 Millionen außerordentliche Einnahmen.

Der Anteil Badens am Ertrag der Reichsteuern

Über den Anteil des Landes Baden an den Reichsteuern stellt der Voranschlag des Finanzministeriums folgende Berechnungen auf:

Überweisung aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie aus der Umsatzsteuer 98 481 800 RM (d. i. gegen bisher ein Mehrertrag von 11 478 800 RM). Nach dem badischen Steuerabteilungsbescheid vom 7. Juli 1926 werden hierzu zunächst 500 000 RM dem Ministerium des Innern zur Verfügung gestellt, von den weiteren 97 981 800 RM entfallen 59 790 000 Reichsmark auf die Landesmasse, der Rest mit 38 190 800 RM auf die Gemeindefinanz.

Überweisung aus der Grunderwerbsteuer 1,8 Mill. (unv.), Überweisung aus der Kraftfahrzeugsteuer 5 467 000 RM (mehr 1 850 500 RM), Überweisungen aus der Kennzeichensteuer 800 000 RM (unv.), Überweisungen von Gesellschaftsteuer bei wirtschaftlich gebundenen Betriebszusammenschlüssen erstmals 125 000 RM, Überweisung aus der Biersteuer 5 742 400 RM (mehr 1 850 400 RM). Die Überweisungen ergeben so eine jährliche Gesamtsumme von 112 416 200 RM, d. i. ein Mehrertrag von 14 884 200 RM.

Über die badischen Steuern ist zu sagen: Es betragen die jährlichen Einnahmen an Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb 33,7 Mill. RM (mehr 850 000 RM), an Gebäudesteuer 21 081 200 RM (mehr 1 779 200 RM), an Landgewerbesteuer 810 000 RM (weniger 30 000 RM), Fleischsteuer 2 242 000 RM (mehr 154 000 RM), Jagdsteuer 225 000 RM (weniger 25 000 RM), Hundsteuer 800 000 RM (weniger 156 200 RM), Gewinnanteil an der Badischen Bank 80 000 RM (weniger 70 000 RM). Die badischen Steuern erbringen also insgesamt 58 538 200 RM (mehr 2 002 000 RM).

In tunlichster Annäherung an das in der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die 9. Änderung des Grund- und Gewerbeversteuergesetzes vorgeschlagene Verhältnisse sollen erhoben werden: Vom Grundvermögen 12,47 Proz. = rund 25,9 Mill. RM, vom Gewerbebeitrag 18,3 Proz. = rund 7,1 Mill. RM, zusammen 37,7 Mill. RM. Hieron gehen ab für zu erlassende und niederzuschlagende Steuerbeiträge 4 Mill., so daß ein Reinertrag von 33,7 Mill. RM verbleibt.

Was kostet die Post?

Der Postaufwand der allgemeinen Staatsverwaltung hat sich infolge der Erhöhung der Postgebühren ab 1. August 1927 um 598 000 RM jährlich auf 1,5 Millionen erhöht.

Die Instandsetzung der Landstraßen

Für die Instandsetzung der Landstraßen sind letztmals im Voranschlag für 1926/27 und dem Nachtrag hierzu 21 228 000 Reichsmark bewilligt worden, wofür die Mittel im Wege des Staatskredits beschafft werden. Nun sind im neuen Voranschlag als III. Teilforderung 14 Millionen eingestellt, die ebenfalls auf Anleihe zu übernehmen sind. Bei entsprechender Gestaltung des Anleihemarktes bleibt vorbehalten, die Mittel um 11 772 000 RM, d. h. auf 25 772 000 RM (dem Restbetrag der nach dem Finanzgesetz vom 5. August 1926 aufzubringenden Mittel) zu erhöhen. Die Beiträge der Gemeinden zur Unterhaltung der Landstraßen (§ 18 des Straßengesetzes) sind mit 1 530 000 RM veranschlagt (3 000 000 RM) zu 0,50 RM). Dazu kommt noch der Zuschuß aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge (durch Gewährung von Zinsverbilligung für zusätzliche Straßenbauten) in Höhe von 77 000 RM.

Die Rheinbrücke Waldshut-Koblentz

Die schon vor dem Kriege geplante Rheinbrücke Waldshut-Koblentz soll jetzt ausgeführt werden. Das Land Baden und der Kanton Argau tragen je die Hälfte der auf 700 000 RM veranschlagten Kosten, während für die Kosten der Zufahrtstrassen jeder Staat auf seinem Hoheitsgebiet allein aufzukommen hat.

Die Verlegung der Kinzig bei Kehl

Die Verlegung der Kinzig bei Kehl ist wegen des Hochwasserschutzes der Orte Kehl bis Rheinbischofsheim, wegen des Hochwasserschutzes für den zu errichtenden Grenzbahnhof von Kehl und zur Schaffung von Gelände für die Stadt Kehl und zur Erweiterung des Kehler Hafens erforderlich. Die Kosten (ohne den Aufwand für den von der Reichsbahn zu erstellenden Oberbau der Kinzigbrücke) sind auf 3,9 Millionen veranschlagt. Davon werden in den beiden Jahren 1928 und 1929 voraussichtlich etwa 1/4 mit 2 925 000 RM verwendet. An Beiträgen zu den Baukosten werden voraussichtlich eingehen: 1. Zuschuß aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge 745 000 RM, 2. Beitrag des Reichs (Reichsminister des Innern) 1 155 000 RM, 3. Beiträge der Stadt Kehl und der anderen beteiligten Gemeinden 1 Million, zusammen 2,9 Millionen.

Gewerbe und Handel im Etat

Gewerbe und Handel erscheinen im Staatsvoranschlag für 1928/29 mit rund 266 000 RM jährlich (mehr 19 000 RM). Davon entfallen auf das Landesgewerbeamt 246 000 RM, auf die Probieranstalt für Edelmetalle in Pforzheim 17 800 RM und den Jahresbeitrag an den Badischen Verkehrsverband 2500 RM (wie bisher). Für Beiträge zur Ausbildung von Lehrlingen sind 9000 RM (unverändert), Beiträge zu den Kosten der Handwerkskammern 10 000 RM (unverändert), zur Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens 2500 RM (bisher 5000 RM) und für sonstige Förderung der Gewerbe 57 000 RM (unverändert) vorgesehen. — Das Einkommen beansprucht rund 254 000 RM (mehr 21 500 RM).

Der Pforzheimer Friedhof. Zahlreiche in- und ausländische Fachleute der Gartenbau- und Friedhofkunst besuchten im letzten Jahre den Pforzheimer Friedhof, der zu den schönsten deutschen natürlichen Waldfriedhöfen zählt. Er zeichnet sich durch eine übersichtliche Anlage aus, die auf die frühere Form der Feldteilung verzichtet und den Friedhof durch Alleen, die mit verschiedenen Pflanzen- oder Baumarten gekennzeichnet sind, räumlich abteilt. Auch die Architektur der Bauten, von denen die Einfassungshalle mit ihrer künstlerischen Majestät-Innenausstattung besonders stark hervortritt, passen sich dem vornehmen Rahmen an. Besonderes Interesse für diese Anlagen zeigten die Besucher aus den Westländern.

Die Kosten der Rheinbrücken

W.B.Berlin, 1. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hat heute bei Beratung des Verlehrsatzes für 1928 der Berichterstatter Abg. Quast (Dn.), dem Antrag zuzustimmen, einen Betrag von 665 000 Reichsmark als erste Raurate zur Beihilfe für den Bau der Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mainz einzusetzen.

Wie der Pfalzdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros erfährt, finden gegenwärtig in München zwischen Baden und Bayern Verhandlungen über die Frage der Quoten statt, die diese beiden Länder für den Rheinbrückenbau aufbringen sollen, da auch die Reichsregierung, wie mit Sicherheit zu erwarten ist, ihrerseits im Nachtragsetat ebenfalls hierfür eine Rate anfordern wird. Die Verhandlungen in München dürften in Bälde beendet sein. Es ist anzunehmen, daß die bayerische Regierung dann auch den entsprechenden Betrag vom Landtag anfordern wird. Von bayerischer Seite wird alles geschehen, um eine Beschleunigung der Brückenbauten herbeizuführen.

Der Berliner Korrespondent der „Pfalzer Zeitung“ berichtet seinem Blatt in Speyer, daß der Reichsfinanzminister die Mittel für den Reichszuschuß zum Bau der festen Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mainz wieder in den Nachtragsetat eingekürzt hat, der in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen werde. Das Blatt bemerkt zu dieser Meldung, die ihm von seinem Gewährsmann als unmittelfarbene Information aus erster Quelle gemeldet wird, daß nicht daran zu zweifeln sei, daß auch der Reichstag dieser Nachtragsposition zustimmen werde, und daß entsprechend auch der bayerische und badische Landtag die anteiligen Mittel bewilligen. Mit der Einsetzung der Mittel in den Nachtragsetat zum Reichshaushalt sei nunmehr die erste endgültige materielle Voraussetzung für den Baubeginn gegeben.

25 Jahre im Dienste der Gewerbe-förderung

Der Direktor des Badischen Landesgewerbeamtes Karlsruhe, Oberregierungsrat Walter Bucerius, wirkt am 2. Februar 1928 25 Jahre beim Badischen Landesgewerbeamt Karlsruhe. Bucerius hat in dieser Zeit auf dem Gebiete der Gewerbe-förderung außerordentlich hervorragende Dienste geleistet. Er zeigte sich als Mann rastloser Arbeit im Dienste des öffentlichen Wohles, als Mann aber auch, dessen Streben und Schaffen, dessen Opferbereitschaft und Hingabe von großem Erfolge begleitet waren. Seiner emsigen Arbeit wegen findet die Tätigkeit des Landesgewerbeamtes, insbesondere in gewerblichen Kreisen hohe Anerkennung und der gewerbliche Mittelstand selbst in seinem Ansehen eine fühlbare Aufwärtsentwicklung. Er erlachte schon frühzeitig, daß im handwerklichen Betriebe, auch wenn er über den Kleinbetrieb hinauswächst, der Mensch nicht zur bloßen Nummer wird, zum Maßstab eines großen Organismus wie in der Fabrik, daß er vielmehr Individuum bleibt und nicht untergeht im Gesamten der „Belegschaft“, wodurch er auch ein viel persönlicheres, unmittelbares Verhältnis zum Betrieb und zur Arbeit hat. Dieser Grundeinstellung des Jubilars entspringen die Querschnitte erfolgreichster Arbeit im Dienste der Gewerbe-förderung. Wo Bucerius anpackt, tritt klar die sichere Hand des Praktikers und das helle Erkennen der Ziele des Technikers zutage.

Die schweren Enttäuschungen der Jahre des Weltkrieges und der Nachkriegszeit haben den tatkräftigen Willen und den unerfütterlichen Glauben an Deutschlands wirtschaftlichen Wiederaufbau in ihm nicht zerbrechen können. Im Gegenteil, je größer die Schwierigkeiten wurden, mit um so größerer Tatkraft und mit um so größerer Energie trat er den Aufgaben des Tages entgegen. Er wurde der Begründer wissenschaftlicher Erforschung handwerklicher Arbeitsvorgänge und gelangte durch seine erfolgreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete zu hohem Ansehen. Seiner Anregung ist auch die Gründung des Forschungsinstituts für rationale Betriebsführung im Handwerk durch die vier badischen Handwerkskammern zu verdanken. Lebenslang gebührt ihm ein wesentliches Verdienst, wenn Handwerk und Gewerbe in Geschlossenheit der Arbeit und des Handelns heute in wichtiger Stellung im allgemeinen Wirtschaftsleben sich befinden.

Wenn auch der Charakter des Handwerks sich gegenüber der Vorkriegszeit verändert hat, so sind ihm doch zwei große Eigen-

schaften geblieben, die es hertelhaft von der Industrie unterscheiden: einmal die Wahrung des Menschlichen und dann seines Wertes. Und hier war die Idee, für die Walter Bucerius sich begeisterte, für die er immer größere Gefolgschaft um sich scharen konnte. Hier war der Weg, der dem Mann vorgezeichnet war, dem von Jugend auf das Ideal des Schaffens für die Allgemeinheit und namentlich für die Kulturbeziehung des Handwerks vorstehete. Und deshalb begleiteten heute den Jubilar nicht nur Dank und Achtung seiner Freunde, des gesamten Handwerks und Gewerbes, sondern auch der Öffentlichkeit.

Die Behandlung anonymer Anzeigen

P.A. In der Tagespresse wird ein Erlaß des Preussischen Ministers des Innern über die Behandlung anonymer Strafanzeigen bekanntgegeben und daran der Wunsch geknüpft, daß der badische Justizminister sich zu einem ähnlichen Erlaß entschließen möchte. Einer solchen Anregung bedurfte es nicht. Denn bereits mit Erlaß vom 27. Februar 1926 Nr. 10 299 sind die badischen Staatsanwaltschaften angewiesen worden, bei Behandlung anonymer Anzeigen besondere Vorsicht zu üben und durchgreifende Untersuchungsmaßnahmen erst dann vorzunehmen, wenn schonende und zuverlässige Ermittlungen ergeben haben, daß der ausgesprochene Verdacht begründet ist, dagegen von einschneidenden, die Verdächtigten bloßstellenden Maßnahmen abzusehen, wenn genügende Anhaltspunkte, die ein solches Vorgehen rechtfertigen würden, nicht vorliegen. Im Zusammenhang damit ist durch Erlasse vom Jahre 1925 und 1927 angeordnet, daß in Staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren der Aktenbetreff nur dann den Namen des Beschuldigten enthalten soll, wenn bereits erhebliche Verdachtsgründe vorliegen, oder wenn die öffentliche Klage erhoben ist, daß dagegen in allen anderen Fällen dem Betreff eine den Namen des Beschuldigten verschweigende, objektive Fassung zu geben ist (z. B. Anzeige wegen zum Nachteil).

Warnung vor Darlehensvermittlungsschwindel

P.A. Eine Reihe von Unternehmen läßt durch zahlreiche Reisende und Agenten, hauptsächlich auf dem Lande, Bestellungen auf Inzerate für Darlehens- und Hypothekengeschäfte aufsuchen. Die Antragsteller werden meist durch Vorpiegelungen aller Art zum Abschluß von Bestellungen auf Inzerate veranlaßt. Namentlich wird ihnen versichert, daß ihnen das gesuchte Geld in kurzer Zeit bestimmt ausbezahlt wird und Kosten nur dann entstehen, wenn der Erfolg eintritt. Jeder Antragsteller glaubt natürlich, dies bedeute, wenn Geld ausbezahlt wird. Der Verlaß meint aber, wenn Offerten eingehen. Er sorgt selber für den Eingang von Offerten, denn es sind von mehreren Vermittlern gedruckte „Angebote“ vorzuziehen. Diese werden vom Verlaß unter Inanspruchnahme von 50 Reichsmark und mehr dem Besteller der Inzerate zugesandt. Da in letzter Zeit von vielen Auftraggebern die Nachnahmen nicht eingelöst wurden, gehen die Agenten nun dazu über, sich gleich einen Wechsel über diese Beträge ausshändigen zu lassen.

Gegen verschiedene dieser Unternehmen sind Strafverfahren bei den Staatsanwaltschaften anhängig. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor derartigen Agenten und bittet um Benachrichtigung der Polizei bei ihrem Auftauchen.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahl. Die am Samstag vorgenommene Bürgermeisterwahl in Schwabach, Amt Offenburg (zweiter Wahl-gang), ergab 141 Stimmen für den Land- und Gastwirt August Schill, der damit zum Bürgermeister gewählt ist. Seine Gegenkandidaten erhielten 64 bzw. 41 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug circa 80 Prozent.

Pforzheimer Bürgermeisterwahl. Am Donnerstag, dem 9. Februar, abends, werden sich die Mitglieder des Bürgerausschusses Pforzheim ver sammeln, um einen weiteren Bürgermeister zu wählen.

Die Bevölkerungsziffer der Stadt Offenburg wird mit etwa 17 000 angegeben, während bei der Volkszählung am 16. Juni 1925 16 600 ermittelt wurden.

Karl Wolf-Straße in Koblentz. Aus Anlaß des 70. Geburtstages des Generaldirektors Wolf von der Pumpenfabrik Allweiler u. Co., der Ehrenbürger der Stadt Koblentz ist, hat der Gemeinderat beschlossen, der bisherigen Sassenstraße den Namen Karl-Wolf-Straße zu geben.

Moringger
Mai-Bock
Hell.
Ausschank dieses Starkbieres vom 1. Februar ab

Aus der Landeshauptstadt

Beleidigungsprozess des Badenwerks. Der Ingenieur A. Busak aus Stuttgart, Generalvertreter der Elektrobranche, war im Jahre 1925 in einem Disziplinarverfahren als Zeuge vernommen worden und hatte, weil er sich bei der Auftragserteilung durch das Badenwerk benachteiligt glaubte, zu Protokoll gegeben, er betrachte die Verhältnisse im Badenwerk als: „Saufall und Miswirtschaft“. Diese beleidigenden Ausdrücke veranlaßten den Direktor Rudolf Fettweis vom Badenwerk, gegen Ingenieur Busak Privatklage wegen Beleidigung zu erheben, die gestern vor dem Amtsgericht Karlsruhe mit der Einstellung des Verfahrens endete, da Zweifel bestehen, ob die Klage rechtzeitig eingereicht worden ist. — Der Beleidigungsprozess Rudn., der die verschiedentlich in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe gegen das Badenwerk zum Gegenstand haben wird, beginnt am 23. Februar vor dem Karlsruher Schöffengericht.

Bad. Lichtspiele — Konzerthaus. „Monika Vogelsang“, ein dramatischer Film aus dem Mittelalter — nach dem gleichnamigen Roman von F. Philippi bearbeitet — führt uns in unmittelbare Nähe der alten Stadt Nürnberg. Ein Spiel voll dramatischer Handlung und tiefgreifender Tragik hält den Zuschauer bis zum letzten Moment in Spannung. Hervorragend sind die einzelnen Darsteller, natürlich Henry Borten als „Monika“. Wenn auch zur älteren Generation der Filmschauspielerinnen gehörend, ist sie immer noch eine ganz hervorragende Darstellerin. — Vorher begleiten wir eine Reisegesellschaft in „das wunderbare Land des Nils“. Wie vor tausend Jahren leben hier die Bewohner. Bewundernd stehen wir vor den alten Wandmalereien der Ägypter. Heute umkreisen Flugzeuge diese Wahrzeichen der alten ägyptischen Kultur. Ein Absteiger führt die Reisegesellschaft nach Jerusalem. Im Gegensatz zur vorherigen Reise läßt uns ein weiterer Film unser engeres Vaterland bereisen. Ein neuer Sport „im Klepperboot“ zeigt uns die Reize einer solchen Bootsfahrt, aber auch nicht minder die Gefahren. Den Film begleiten schöne und humorvolle Berie. Jeder Naturfreund wird diese Bilder mit Interesse verfolgen. Die Opelmotorschau vervollständigt das überaus reichhaltige Programm. — Eine gut eingestufte Musik begleitet besonders den Hauptfilm. Das Konzerthaus war überaus gut besucht.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 31. Jan. Anlässlich des Wettbewerbes für eine Hofbrücke in Koblenz wurde von den eingereichten Arbeiten der Entwurf der Firma Grün & Wiffinger A.-G., Mannheim, mit dem Kennwort „Denkmal“ preisgekrönt. Die Architektur wurde von Baudirektor Abel, Köln, bearbeitet.

St. Gallen, 31. Jan. Das einjährige Sühndes des Ausschalters Karl Müller ist gestern auf eigenartige Weise ums Leben gekommen. Die Eltern hatten dem Kind ein Stückchen Rindfleisch gegeben, an dem es knabberte, dabei geriet das Stückchen Fleisch in die Luftröhre, und das Kind fand dadurch den Tod durch Ersticken.

St. Gallen, 31. Jan. Zum Gedächtnis des Todes-tages des Ritter von Ruf vor 50 Jahren wurde heute vor-mittag im Münster durch den Stadtdelen, Prälat Dr. Brettle, ein sehr gut besuchtes Seelenamt gehalten, dem im Chor des Münsters 17 katholische Studentenkorporationen in Weich mit Fahnen beiwohnten. Auf dem Grabe auf dem Freiburger Friedhofe waren mehrere Kränze zur Erinnerung an den Todestag niedergelegt worden, darunter ein Kranz mit weißer Schleife und Aufschrift: „Dem großen Führer des katholischen Volks, die Badische Zentrumspartei“. Auch die Heimat-gemeinde Zell a. S. hat ihren großen Sohn nicht vergessen und durch eine Abordnung einen Kranz mit Schleife in den Keller Stadtfarben (schwarzgelb) niederlegen lassen.

St. Gallen, 28. Jan. Der Oberbürgermeister der Stadt hat sich bereits mit allen maßgebenden Reichs-, Staats- und Wirtschaftsstellen in Verbindung gesetzt, um die Aufhebung der Oberpostdirektion zu verhindern. Dieser Schritt dürfte wohl ergebnislos verlaufen, denn Sparmaßnahmen müssen Platz greifen. Diese werden in Deutschland wohl noch ein-schneidender zur Auswirkung kommen.

Verschiedenes

Kotainschmuggel in Frankreich

Paris, 1. Febr. (Tel.) Wie die Blätter berichten, sind gestern in Paris drei Personen verhaftet worden, die sich mit Kotainschmuggel befahnten. Die Namen der Verhafteten, von denen einer eine angesehene Pariser Persönlichkeit sein soll, werden vorläufig geheim gehalten.

Bandel und Wirtschaft

Berliner Feinnotenotierungen

	1. Febr.		31. Jan.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.92	169.26	169.01	169.35
Kopenhagen 100 Kr.	112.18	112.40	112.22	112.44
Italien . . . 100 L.	22.195	22.235	22.19	22.23
London . . . 1 Pf.	20.413	20.453	20.424	20.464
New York . . . 1 D.	4.1910	4.1990	4.195	4.20
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	80.63	80.79	80.69	80.83
Wien 100 Schilling	59.05	59.17	59.075	59.195
Prag . . . 100 Kr.	12.423	12.443	12.422	12.442

Neue 8 Proz. Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen v. J. 1927 der Preussischen Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft. Die Anleihe, deren Prospekt heute im Inzeratenteil veröffentlicht wird, ist an der Börse zu Berlin kürzlich neu eingeführt und wird bereits amtlich notiert; letzthin mit 96 Proz. Die Schuldverschreibungen sind ausgestellt in Abschnitten von 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 G.M. und mit halbjährlichen April-Oktober-Zinsscheinen versehen. Der erste Zinsschein ist am 1. Oktober 1928 fällig. Die Zeichnung auf einen Betrag von 5 000 000 G.M. findet statt bis zum 16. Februar 1928 zum Kurse von 95,60 Proz. abzüglich Stückzinsen vom Tage der Abnahme bis zum 1. April 1928. Die Abnahme kann in beliebigen Beträgen bis spätestens 29. Februar 1928 eventuell aber auch schon sofort geschehen. Die Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen der Gesellschaft sind nach Preuß. Gesetz mündelsicher und werden von der Reichsbank besichert. Die Gesamtfinanzierung dieser Anleihe ist bis zum 1. April 1928 ausgeschöpft. Die Tilgung der Anleihe muß bis 1. April 1933 beendet sein; sie ist auch durch Rückkauf zulässig. Bei einem Grundkapital von 18 200 000 M. waren von der Gesellschaft am 31. Dezember 1927 in Verkehr 80 408 768 G.M. Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen, denen als Deckung 82 492 628 G.M. Gold-Kommunal-Darlehensforderungen gegenüberstanden. Zeichnungen werden von den im Inzerat ange-gabenen und anderen Zeichnungstellen entgegengenommen.

COLOSSEUM
Waldstraße 16 Telephon 5599

Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 und 8 Uhr

Gastspiel
Sylvester Schaffer
„Der König der Artisten“
sowie das übrige große
Varieté-Programm

Mitte Februar erscheint:

Handbuch
für die
Gendarmerie und Polizei Badens
Herausgegeben
mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern
von
HERMANN JUNG
Regierungsrat im Badischen Ministerium des Innern
etwa 240 Seiten 5 RM

Bei Vorausbestellungen wird ein Vorzugspreis eingeräumt
Das in Ganzleinen gebundene Handbuch gibt in alphabetisch geordnetem Stichwortverzeichnis alle die Vorschriften und Bestimmungen und deren Quellen, die der Polizei- und Gendarmeriebeamten als Sicherheits-beamter und als Hilfsbeamter der Staats-anwaltschaft in Baden kennen muß, und deren Wissen ihm in Dienst jeden Augenblick nötig werden kann. Es bildet als Lehr- und Nachschlagewerk für die Handhabung des täglichen Dienstes des Sicherheitsbeamten ein leichtverständliches und erschöpfendes, die Richtlinien seines dienstlichen Handelns bezeichnendes Auskunfts-mittel. Auch für die Bürgermeister der kleineren Ge-meinden, denen die Ausübung der gemeindlichen Orts-polizei übertragen ist, wird die Arbeit des bekannten Referenten im Bad. Innenministerium (Verfassers der bekannten Erläuterungen zur Dienstweisung für die Gemeindepolizei) ein unentbehrliches Hilfs-mittel sein.

VERLAG G. BRAUN, KARLSRUHE
Bitte ausschneiden und einschicken
Unterzeichneter bestellt unmittelbar vom Verlag G. Braun in Karlsruhe
Ex. Jung: Gendarmerie- Polizei- Handbuch (5 RM) zum Vorzugspreis von 4,40 RM
Name
Ort
Straße

Reichenwagen
für Hand und für Bespannung liefert als Spezialität
F. Günz, Wagenbauanstalt, Achern
Telephon 253 5.931

Wagen in den verschiedenen Bauarten stehen stets bor-tig. Zur Lieferung in Krautpferdeböden, Talaren, Berentungsapparaten halte ich mich bestens empfohlen.

Centralboden

Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft

Die neue Emission unserer
8 1/2 % Gold-Komm.-Schuldverschreibungen
vom Jahre 1927 mit April-Oktober-Zinsen
— nach Preuß. Gesetz mündelsicher —
ist an der Berliner Börse zugelassen und wird bereits amtlich notiert. Wir legen davon
5 000 000 Goldmark zum Kurse von **95,60 %**
— abzgl. Stückzinsen vom Abnahmetage bis 1. April d. J. —
zur Zeichnung auf.
Die Zeichnung findet statt
bis zum 15. Februar 1928,
früherer Schluß vorbehalten,
bei der Preussischen Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft,
" " Direction der Disconto-Gesellschaft
und deren Zweiganstalten,
" " S. Bleichröder, Berlin,
" " Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,
" " Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt
und deren Zweiganstalten,
" " Norddeutschen Bank in Hamburg,
" " A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.
und deren Zweiganstalten,
" " M. M. Warburg & Co., Hamburg,
In Karlsruhe bei: **Badische Bank, Strauß & Co., Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. Filiale Karlsruhe.**
und bei anderen Zeichnungstellen und Bankfirmen, wo auch ausführliche Prospekte zu beziehen sind.
Die Abnahme der Stücke kann jederzeit bis Ende Februar geschehen.
Die Sicherheit der Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen beruht auf in ein besonderes Gold-Komm.-Darlehensregister eingetragenen gleichwertigen Darlehen, welche die Gesellschaft an Körperschaften des öffentlichen Rechts oder an wirtschaftliche Unternehmungen unter voller Garantie solcher Körper-schaft gewährt hat.
Eine Kündigung ist bis 1933 ausgeschlossen. Die Tilgung muß spätestens 1933 beendet sein.
Stücke über 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Goldmark. Unsere Gold-Schuldverschreibungen sind bei der Reichsbank beliehbar; auch für diese Emission ist die Zulassung in Kürze zu erwarten.
Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft
Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49

TINTE UND SCHMINKE
Presse- u. Bühnenfest 1928
am 4. Februar
in sämtlichen Räumen der städtischen Festhalle
in Karlsruhe

Eintrittskarten zu 10 RM sind zu haben in folgenden
Geschäftsstellen:
Badischer Beobachter, Steinstraße 17
Badische Presse, Laminstraße 1b
Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße 1
Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrich-Straße 14
Residenz-Anzeiger, Jollystraße 21/23
Volksfreund, Waldstraße 28 und an der
Hauptkasse des Badischen Landestheaters

Erich Rudolffs
Möbelschau
im Markgräflichen Palais
Rondellplatz
ist und bleibt
die beste Beratungsstelle
für den Möbelkauf
Eintritt frei
Freie Lieferung — Zahlungsvereinfachung
Geöffnet: 1/9—7 Uhr 5.88
Ca. 120 Musterzimmer

Detektiv u. Privat-Auskunft
"Argus"
"Mannheim"
O 6, 6
Plancken
Telephon 33905
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Appiche-Läufer ohne
Anzahlung in 10 Monatsraten
Hof. Teppichhaus Agay &
Glück, Frankfurt a. M.
Schreiben Sie sofort!

Kreuzinger
Baqner
Becker
Eise
Bassermann
Eise
Bassermann
Ludwig
Ende 22 1/2
I. Rang und I. Sperstü
6 RM.

Fr. 3. Feb.: Nero und Alte.
Sa. 4. Feb.: Nachmittags:
Wag und Moris. Hierauf:
Die Puppenfee. Abends:
Keine Vorstellung
wegen des
Presse- und Bühnenfestes.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 2. Feb. 1928
Außer Riete
Einmaliges Gesamtgastspiel
Bassermann
Der einsame Weg
von Schmijler
Spielleitung:
Melchior Bischer
Wegrath Mayr
Gabriele Friedrichs

Ludwig
Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsprinzenstraße 4
Rondellplatz
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“